



INHALT

GGG aktuell

Die gemeinsame Idee
in den Fokus rücken ... 60

Mitgliederversammlung
und Termine 67

GGG intern

Christa Lohmann zum
80. Geburtstag 61

Jubiläen 61

GGG aus den Ländern

Länderspezial:
Stadtteilschule in Hamburg 62

Länderberichte 64

Die gemeinsame Idee in den Fokus rücken ...

Nur allzu gerne neigen wir dazu, unsere Sicht, das eigene Verständnis der Aufgabe in den Vordergrund zu stellen. Als Lehrkraft den eigenen Unterricht, die eigene Klasse, als Jahrgangsteam die Arbeit im eigenen Jahrgang, als Kollegium die Belange der eigenen Schule, als Verband die eigenen Strukturen und Strategien. Das Verbindende, die gemeinsame Idee, rückt da schnell in den Hintergrund. Damit geht leider häufig auch ein Verlust öffentlicher Wahrnehmung der Idee einher.

Wenn allerdings IGSen ihre Arbeit lokal gemeinsam interessierten Eltern präsentieren – z. B. mit einer Broschüre, bei einem ‚Markt der Möglichkeiten‘ –

... **wenn** sich die Stadtteilschulen in Hamburg zusammentun und gemeinsam auf ihre Situation, ihren Auftrag verweisen und die notwendige gesellschaftliche Klärung und Unterstützung einfordern –

... **wenn** verschiedene Verbände gemeinsam zu einem ‚Inklusionskongress‘ in Frankfurt einladen und sich auf eine gemeinsame Erklärung verständigen –

... **dann wird das Verbindende betont**, wird die Idee des gemeinsamen Lernens für alle Kinder öffentlich stärker in den Blick gerückt und die Arbeit der Einzelschule in einen übergeordneten Zusammenhang gestellt.

Meine Besuche in Schulen des gemeinsamen Lernens in einigen Bundesländern haben gezeigt: So verschieden die konkrete Situation dieser Schulen auch sein mag – allen gemeinsam ist der Wunsch, ihre Arbeit durch eine grundsätzliche Debatte zur Gestaltung und zu den Aufgaben des Schulwesens zu flankieren. Das sehen nicht nur die Schulen so: Der baden-württembergische Handwerkstag (BWHT) hat bereits 2002 eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Schulpflicht gefordert – und monierte 2014 die fehlende öffentliche Begründung und Unterstützung der Gemeinschaftsschulen durch die Landesregierung. Damit formuliert der BWHT die gleiche Er-

wartung an die politisch Verantwortlichen, die Matthias Wagner-Uhl, Vorsitzender des Vereins der Gemeinschaftsschulen, in unserem Gespräch als dringend und zwingend zu diskutieren benannte. Es gilt also unverändert, Gestaltung und Funktion ‚einer Schule für alle‘ für die Gesellschaft herauszuarbeiten (s. auch in HH) – im Schulterschluss mit Einrichtungen und Verbänden, die wie wir für dieses Ziel eintreten. Warum nicht in Kooperation mit dem Ganztagsschulverband die Chancen einer ganztätig rhythmisierten Lernkultur für das gemeinsame Lernen aller Kinder ausloten? Warum nicht mit dem Grundschulverband (GSV) einmal mehr das gemeinsame Interesse an einem bruchfreien Übergang in die Sekundarstufe betonen, Ideen und Ansätze beraten, wie Schulen vor Ort bereits heute in diesem Sinne zusammenarbeiten können?

Ein aktuelles Streiflicht von der ‚Wertekonferenz Gerechtigkeit‘ der SPD am 09.05.2016 in Berlin beleuchtet die erwartbaren politischen Widersprüche: Die bedenkenswerten Hinweise der Soziologen Bude und Leggewie verschwanden hinter dem inszenierten Gespräch des Vorsitzenden mit einem Neumitglied – dessen Pointen bestimmten das gesamte mediale Echo. Bude hatte empfohlen, statt auf ‚Gerechtigkeit‘ auf ‚Solidarität und Emanzipation‘ zu setzen und damit eine Erwartung zu formulieren – an alle, die solidarisch sein sollten, genauso wie an jene, die aus ihrer Situation herauskommen wollen. Das kommt dem Auftrag der ‚Anstiftung zur Solidarität‘ recht nahe, dem sich die GGG schon 1997 verpflichtet hatte – als notwendige Ergänzung der individuellen Emanzipation durch den Bildungserwerb.

Auch wenn ‚Schule‘ bei dieser SPD-Konferenz gar nicht vorkam – ein erstes Gespräch mit Ulf Daude, dem neuen Vorsitzenden der AfB in der SPD, lässt doch hoffen ...

GERD-ULRICH FRANZ



Gerd-Ulrich Franz und Ulf Daude

Zum 80. Geburtstag von Dr. Christa Lohmann



© Wolfgang Vogel

Christa Lohmann

Am 9. August 2016 feierte Christa Lohmann Geburtstag. Dazu hatte sie neben ihrer Familie Freundinnen und Freunde aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Landpartie eingeladen. So wie Christa feiert, so lebt sie auch: 80 Jahre und kein bisschen alt, immer aktiv, sei es privat im Rahmen ihrer vielfältigen Hobbys, unter denen das Reisen in nahe und ferne Länder eine besondere Rolle einnimmt, oder ehrenamtlich/politisch.

Seit mehr als 40 Jahren engagiert sich Christa bildungspolitisch in der GGG. Sie gehört damit zu denjenigen, die maßgeblich dazu beigetragen haben, dass sich Gesamtschulen und dazu noch eine Vielzahl vergleichbarer neu gegründeter Schulen des gemeinsamen Lernens bundesweit etablieren konnten und Anerkennung gefunden haben. Christa

wirkte dabei über die Landesebene in Schleswig-Holstein hinaus immer auch auf der Bundesebene, insbesondere als Bundesvorsitzende von 1982 bis 1988, und setzte wesentliche Impulse zur politischen Durchsetzung und Weiterentwicklung der Schulen gemeinsamen Lernens. In der GGG sind für Christa berufliche und politisch/ehrenamtliche Tätigkeit miteinander verschmolzen. Nach der Pensionierung führte sie dieses Engagement für die GGG fort, und es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass sie sich in diesem Sinne in zahlreichen Netzwerken engagiert, zum Beispiel in der Bundesarbeitsgemeinschaft Englisch an Gesamtschulen oder im so genannten BIG-Kreis der Stiftung Lernen.

Als unverzichtbares Mitglied der Redaktion des GGG-Journals hat sie über Jahre hinweg dazu beigetragen, dass diese Zeitschrift kontinuierlich und auf inhaltlich hohem Niveau erschienen ist. Diese Tätigkeit setzt sie heute im Redaktionsbeirat der Zeitschrift GEMEINSAM LERNEN fort.

Ihr pädagogischer Sachverstand und ihr Kenntnisreichtum waren besonders für die Bundeskongresse von großer Bedeutung. An deren Vorbereitung hat sie seit vielen Jahren bis heute maßgeblichen Anteil gehabt und für hochkarätige Referentinnen und Referenten gesorgt.

Auch Anstöße für die innerverbandliche Diskussion gingen von Christa aus.

Zuletzt brachte sie 2013 vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bezeichnungen für die Schulen des gemeinsamen Lernens in der Bundesrepublik zusammen mit Barbara Riekmann einen Vorschlag zur modifizierten Namensgebung des Verbandes ein. Dies führte innerhalb der GGG zu einer intensiven, teilweise heftigen, Diskussion. Selbst wenn der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit fand, so erwies sich die Diskussion als notwendig, und sie hält heute noch an.

Christa hat frühzeitig – schon in den 80er Jahren – erkannt, dass es für die Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer an Gesamtschulen einer besonderen Ausbildung bedarf. Es war ihr Verdienst, dass – einmalig in Deutschland – ein Landesinstitut für die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften an Gesamtschulen in Schleswig-Holstein eingerichtet wurde. Auch wenn es dieses Institut so heute nicht mehr gibt, war es ein Meilenstein für die Gesamtschulen und hat nachdrücklich die Notwendigkeit der Qualifizierung für Unterricht in heterogenen Gruppen in den Blick gerückt.

Noch heute nimmt Christa als kooptiertes Mitglied regelmäßig an den Landesvorstandssitzungen in Schleswig-Holstein teil und bereichert diese mit ihrer Kompetenz, Initiative und Übernahme von Aufgaben. Nicht nur für Schleswig-Holstein gilt: Christa ist und bleibt unentbehrlich.

DIETER ZIELINSKI

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft

Manfred Dammeyer	Hans-Georg Peltzer	Barbara Stössel
Erika Emge-Lieberwirth	Udo Pürzer	Horst Stössel
Georg Hansen	Hermann Rademacker	Angelika Stroth
Annette Heckmann	Barbara Reißig	Manfred Weiß
H.-Jochen Hooss	Fred-Dieter Schlagowski	
Heinrich Jost	Hans Schlingmann	
Wolfgang Keller	Ulrich Schmidt	
Ulla Knirsch-Wimmer	Barbara Schreyögg	
Wilma Lankes-Weber	Friedel Schreyögg	
Ulrich Meine	Sybille von Soden	

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Helmut Tschampa (12.09.1941)
Helmut Winkelvoss (02.10.1941)
Detlef Spindler (12.10.1941)
Edith Rüdell (25.10.1941)
Eleonore Schwerdy-Jensen (28.10.1941)
Wolfgang Bündler (04.11.1941)
Susanne Petersdorf (19.11.1941)
Gerd Rump (28.11.1941)
Therese Ziesenitz-Albrecht (18.12.1941)
Rolf Heiderich (29.12.1941)

Länderspezial: Was ist bloß in Hamburg los? Neue Debatte um die Schulstruktur!

Mit einem weit über Hamburg hinaus beachteten Positionspapier der Stadtteilschulleiterinnen und -leiter (vgl. www.ggg-bund.de) wurde im Juni 2016 die Debatte um die Hamburger Schulstruktur nach sechs Jahren vermeintlichen Schulfriedens erneut entfacht. Was war geschehen?

Bereits im Jahr 2007 hatte eine parteiübergreifende Enquetekommission mehrheitlich die Einführung eines Zwei-säulenmodells aus Gymnasien und Stadtteilschulen vorgeschlagen. Realisiert wurde dieses jedoch erst ab dem Jahr 2010 nach dem Scheitern der Primarschulreform.

Die neue Schulform Stadtteilschule stellte zunächst nur eine organisatorische Zusammenfassung von 39 Gesamtschulen, 3 Aufbaugymnasien und 19 Haupt- und Realschulen dar. Mit niedrigeren Klassenfrequenzen, dem Ausbau aller Stadtteilschulen zu Ganztagschulen und dem Aufbau von Oberstufen an allen Stadtteilschulen wurden erhebliche Ressourcen in die „Starkstellung“ der neuen Schulform investiert. Zeitgleich erfolgte die flächendeckende Einführung von Inklusion mit der schrittweisen Auflösung der meisten Sonderschulen, eine Aufgabe, die bis heute allerdings fast ebenso vollständig den Stadtteilschulen zufällt, wie aktuell die Beschulung von Flüchtlingen.

Die neue Schulform kann schon heute eine Reihe von Erfolgen verzeichnen: So schaffen aktuell ungefähr 39 % der Schülerinnen und Schüler den Übergang in die gymnasiale Oberstufe, obwohl ein weitaus geringerer Teil von ihnen am Ende von Klasse 4 eine so genannte Gymnasialempfehlung hatte. Gleichzeitig ist die Zahl der

Schüler/innen ohne Abschluss von 8,3 % im Jahr 2010 auf 4,9 % im Jahr 2014 gesunken.

Zunächst schienen sich die Anmeldezahlen für die Klasse 5 der Stadtteilschulen im Februar 2015 bei 43,5 %¹ stabilisiert zu haben, sanken aber im Februar 2016 auf 42,3 % ab. Besonderen Anlass zur Besorgnis gibt dabei der immer geringer werdende Anteil an gymnasial empfohlenen Schülerinnen und Schülern.

Während andere Bundesländer den Zugang zum Gymnasium begrenzen, hat Hamburg am uneingeschränkten Elternwahlrecht festgehalten und sieht an den Stadtteilschulen eine Progression von 23 auf 25 Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 7 vor, um Schulformwechsler aus den Gymnasien aufnehmen zu können – im letzten Schuljahr 660 Schülerinnen und Schüler.

In mehreren Gesprächen wurde der Versuch unternommen, den Schulsenator von der Notwendigkeit einer inhaltlichen Weiterentwicklung der Schulform und der Steuerung von Schülerströmen zu überzeugen. Statt runder Tische wurden den Stadtteilschulen Empfehlungen unterbreitet, wie sie ihr Image aufpolieren und ihre Leistungsfähigkeit erhöhen könnten: Mehr Fachunterricht, mehr Hausaufgaben, Fachkräfte für Begabtenförderung ... man solle doch die Schulform nicht schlechttreden.

In ihrem 5-seitigen Positionspapier, das 51 der 58 Schulleiter und Schulleiterinnen der Stadtteilschulen am 17.06.2016 unterschrieben haben, wenden sich die Vertreterinnen und Vertreter dieser Schulform

an die Öffentlichkeit, um in der Stadt eine Debatte um die Zukunft der Schulstruktur anzustoßen, denn in der Konstellation eines Zwei-Säulen-Modells sind es die Stadtteilschulen allein, die das erklärte Ziel haben, den Spagat zwischen sozialem Ausgleich und dem Anspruch auf Leistungsorientierung zu leisten. Aber wie soll dies gelingen, wenn ein sinkender Anteil von Eltern diese Schulform wählt?

Am 23.06.2016 folgte ein Interview in der ZEIT–Hamburg mit drei SprecherInnen der Schulleitungen. Zeitgleich berichtete die Tagespresse regional und auch überregional über dieses Statement. Die öffentliche Resonanz war erheblich und weit über die Grenzen Hamburgs sichtbar (siehe Kasten: Aus dem Zeit-Interview).

Das Positionspapier schaffte es schließlich bis in die Bürgerschaft: In der Debatte wurde deutlich, dass die Mehrheit der Parteien am „Schulfrieden“, der bis 2020 gelten soll, festhalten will.

Die Auseinandersetzung um die inhaltlichen und strukturellen Fragen des Hamburger Schulsystems wird nach den Sommerferien wieder aufgenommen werden. Kurz vor Ferienbeginn, Ende Juli, fand ein erstes Gespräch des Landesschulrates und hochrangiger Behördenvertreter/innen mit den Bezirkssprechern der Stadtteilschulen statt. In einer zweiten Runde gleich nach den Ferien soll dieses Gespräch fortgesetzt werden. Auch die begonnenen Gespräche mit Parteien, Verbänden und der Wissenschaft werden dann fortgesetzt.

¹ 53,1% Gymnasien; 1,1% sechsjährige Grundschulen; 1,4 Förderzentren ReBBZ; 0,9 % spezielle Sonderschulen

DIE ZEIT Nr. 27/2016, 23. Juni 2016

Stadtteilschule: Es reicht

Auszüge aus dem Interview von Oliver Hollenstein mit Sprechern der Vereinigung der Stadtteilschulleiter in der GGG: M. Morgenroth-Marwedel, T. Witting und H. Wendland

...

Witting: Wir glauben, dass die Stadt jetzt eine Debatte über unser Schulsystem braucht. Darum wenden wir uns als Schulleiter der Stadtteilschulen mit einem Positionspapier an die Öffentlichkeit und sagen: Seht her, mit den Stadtteilschulen gibt es eine Schulform, die passende Antworten hat auf die Herausforderungen, vor denen wir stehen.

...

Wendland: Die Frage des Schulsystems ist doch eine gesellschaftliche: Wie geht eine Stadt mit ihren Bürgern um? Dass Menschen gleiche Rechte haben, dass sie gefördert werden, dass auch Kinder aus sozial schwachen Familien in gute Schulen gehen können, das ist wichtig.

Witting: Und wir glauben, dass das Modell der einen Schule für alle dafür eine gute Lösung ist. Wir schaffen in den Stadtteilschulen Begegnung zwischen sozialen Schichten, unterschiedlichen Herkünften, besonderen Talenten und Neigungen. Schüler lernen bei uns einen respektvollen Umgang miteinander.

...

Morgenroth: Ich würde es gut finden, wenn mehr Leute wahrnehmen, wie gut wir eigentlich sind. Das landeseigene Bildungsforschungsinstitut IfBQ testet unsere Schüler dauernd. Die Rückmeldung: Wir machen sehr guten Unterricht, auch schwächere Schüler lernen viel bei uns.

ZEIT: Im Zweifel kuscheln Sie jeden zum Abitur?

Wendland: Wir haben ein Zentralabitur. Bitte schön, kommen Sie, gucken Sie, bei uns gibt's das gleiche Abitur wie anderswo. Dass an der Stadtteilschule durchschnittlich etwas geringere Punktwerte im Abitur als am Gymnasium gemessen werden, ist logisch, weil am Gymnasium von vornherein die Schüler mit besseren Leistungen sind.

...

Witting: Das Tolle an der Stadtteilschule ist doch: Wir diskutieren sehr viel darüber, wie guter Unterricht funktioniert. Wie hast du es gemacht? Welchen Kniff kennst du? Es gibt nicht mehr den Einzelkämpfer, der sagt „Tür zu, und ich mach mal“. Der Beruf verändert sich. Und die Lehrer an den Stadtteilschulen sind Vorreiter.

ZEIT: Können gute Schüler in der Gemeinschaft mit schwachen Schülern überhaupt ausreichend gefördert werden?

Morgenroth: Ja. In unseren Schulen gibt es viele Angebote, bei denen gerade starke Schüler aufblühen. Und wir haben neun Jahre Zeit bis zum Abitur. Die Schüler haben dadurch Gelegenheit, auch in Ruhe ein Projekt zu entwickeln, ein Instrument zu lernen oder einem Gedanken nachzugehen.

Witting: Es geht letztlich um die Sinnfrage. Höchstleistungen entstehen, wenn man motiviert ist, in einer Aufgabe einen Sinn sieht.

Morgenroth: Entscheidend ist, dass es Schülern Spaß macht, zur Schule zu gehen. Es ist toll, wie stolz die Schüler beispielsweise beim selbst organisierten Catering die Kochjacken mit ihren Namen tragen. Für solche Projekte gehen sie stundenlang in ihrer Freizeit in die Schule. Das hätte ich als Schüler nicht gemacht. Sie sollten mal die Eltern sehen: Die kriegen feuchte Augen und sagen, so würden sie auch gerne noch einmal zur Schule gehen.



Schulleiter der GGG-Vereinigung (von links nach rechts): Thimo Witting, Helga Wendland, Mathias Morgenroth-Marwedel

BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg: Mit Beharrlichkeit im Gegenwind

Die gute Nachricht: Es gibt sie noch, die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg. Sie war mit 299 Schulen beim Regierungswechsel so gut aufgestellt, dass die neue Landesregierung mit der neuen Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann von vornherein Bestandsschutz garantierte. Die ersten Verlautbarungen von Frau Eisenmann, der ehemaligen Schulbürgermeisterin der Stadt Stuttgart, die wegen ihres pragmatischen und fachlich kenntnisreichen Agierens in Stuttgart sehr respektiert wurde, stimmten optimistisch.

Doch die Hoffnung, dass die politische Profilierung und der politische Wechsel nicht auf Kosten jener Schulform geschieht, die längeres gemeinsames Lernen propagiert, reduzierte sich in den letzten Wochen deutlich. Ohne die Gemeinschaftsschule grundsätzlich in Frage zu stellen, erhöht sich der Druck auf die tagtägliche Arbeit und die zukünftige Ausgestaltung massiv. Die weitere Zulassung von Gemeinschaftsschulen wird nicht offensiv gefördert, die Realschule wird bewusst in Konkurrenz zur Gemeinschaftsschule gestärkt und die Möglichkeit der Gemeinschaftsschulen, eine eigene Oberstufe zu gründen, wird mit so vielen Auflagen versehen, dass es nur wenige Gemeinschaftsschulen geben wird, die hierzu in der Lage sein werden.

Die bisher geltende Vorgabe, dass 60 Schülerinnen und Schüler auf E-Niveau Voraussetzung sind, um eine Oberstufe beantragen zu können, wurde so ergänzt, dass es kaum eine Gemeinschaftsschule geben wird, die diese Voraussetzung erfüllen kann: Es muss seit neuestem zusätzlich eine stabile Vierzügigkeit in der Sek I vorhanden sein, um eine Oberstufe beantragen zu können. Es gibt in Baden-Württemberg Gymnasien, die weder diese stabile Vierzügigkeit aufweisen noch 60 Schüler/-innen haben, die in die Oberstufe übergehen. Gleichbehandlung sieht anders aus! Wer mehr über die Vorgaben wissen möch-

te, findet nähere Informationen unter: http://www.km-bw.de/,Lde/Startseite/Service/26_07_2016+Prognosekriterien+fuer+die+Genehmigung+einer+gymnasialen+Oberstufe/?LISTPAGE=131491

Sehr erfreulich und interessant sind die ersten öffentlich zugänglichen Vera-8-Ergebnisse für die Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg. Wenn man bedenkt, dass es sich bei den Gemeinschaftsschulen überwiegend um umgewandelte Hauptschulen und Werkrealschulen handelt, sie noch nicht die Durchmischung an Schülerinnen und Schüler aller Leistungsniveaus haben, die man sich wünscht, und es sich um den ersten Durchgang in einer neu gegründeten, ihre Form und Arbeitsweisen noch entwickelnden Schulform handelt, ist das Ergebnis ausgesprochen ermutigend.

Aus der Vereinsarbeit lässt sich berichten, dass der sehr aktive Verein für Gemeinschaftsschule (www.verein-gemeinschaftsschulen-bw.org) und der Landesverband BaWü der GGG sich immer stärker zusammenschließen und es bei einigen Mitgliedern des Vereins für Gemeinschaftsschulen und der GGG-Baden-Württemberg den Wunsch gibt, zu fusionieren.

KATRIN HÖHMANN, JÜRGEN LEONHARDT, MATHIAS WAGNER-UHL

BRANDENBURG

Im Februar 2016 organisierte die GGG-BB ein Treffen mit allen schulischen Verbänden Brandenburgs, ministeriellen Vertreter/-innen und bildungspolitischen Sprecher/-innen der Landtagsfraktionen. Das Lehrerbildungsgesetz sieht ab 2018 eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf zwölf Monate vor. Alle Verbände forderten vom Bildungsministerium, den bisherigen 18-monatigen Vorbereitungsdienst beizubehalten. Lehramtskandidat/-innen, die aus anderen Bundesländern kommen, haben mitunter keine ausreichende Praxiserfahrung (wie z. B. das Praxissemester). Nach dem neuen Ausbildungskonzept sollen sich außerdem die Hauptseminarleiter/-innen ganz und die Fachseminarleiter/-innen zum Teil aus

den Schulen zurückziehen. Die Verbände kritisierten, dass damit die Ausbildung der Referendar/-innen und Quereinsteiger/-innen den Schulen zusätzlich als primäre Aufgabe übertragen wird. Abschließende Entscheidungen sind noch nicht gefallen.

Die GGG fokussiert für die Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht und dem Bildungsministerium folgende Schwerpunkte:

- Die Schulaufsicht müsste Standards für die Zusammenarbeit mit den Schulleitungen definieren, auf wertschätzenden Umgang mit Schulleiter/-innen und auf einen funktionalen Umgang mit Elternbeschwerden achten.
- Es fehlt Transparenz über die zur Verfügung stehenden Fortbildungsgelder für die Gesamtschulen.
- Der Umfang der Anrechnungstunden für besondere Aufgaben der Kolleg/-innen muss erhöht werden, da es in Brandenburg weder Funktionsstellen für Fachbereichsleiter/-innen oder Fachleiter/-innen gibt noch Beförderungsmöglichkeiten außerhalb der Funktionsstellen der Schulleitung.
- Funktionsstellen für Fachbereichsleitungen und Fachleitungen müssen zur Verfügung gestellt werden, um den neuen Rahmenlehrplan zu implementieren.
- Der Umfang der Anrechnungstunden für die Schulleitung muss erhöht werden, da immer mehr Verwaltungsvorgänge auf die Schulleitungen übertragen werden (z.B. Schulfahrtenbudget, Vertretungsbudget etc.).
- Gesamtschulen im Aufbau müssen stärker unterstützt werden.
- Die Stundenzuweisungen für den gemeinsamen Unterricht müssen im Rahmen einer erfolgreichen Inklusion unbedingt erhöht werden.
- Ganztags und Inklusion erfordern, die ministerielle Raumplanungsempfehlung von 2003 zu ändern, da bisher keine Räume für das temporär begrenzte separate Lernen von inklusiven Schüler/-innen in kleineren Lerngruppen vorgesehen sind, ebenso gibt es keinen Platz für Ganztagsprojekte, Arbeitsgemeinschaften etc.; um

die Lernstruktur und Lernkultur in der Sek. I erfolgreich zu verändern, werden personelle und räumliche Ressourcen benötigt.

Die GGG-BB hält an ihrer Position fest, dass die Gesamtschule eine Schule für alle ist. Hierfür ist eine funktionale Mischung der Schüler/-innen aller Bildungsgangempfehlungen bei der Aufnahme erforderlich. Es gibt sehr hohe Anmeldezahlen von Schüler/-innen mit dem Elternwunsch Allgemeine Hochschulreife (AHR). Für die Aufnahme von Schüler/-innen fordern wir eine Quote von bis zu 50% AHR-Schüler/-innen im Auswahlverfahren. Perspektivisch sollen die differenzierten Begabungen aller Kinder durch Profilierungsmöglichkeiten in der Schullandschaft und in den Schulen mehr gefördert werden.

Die Eingliederungsverordnung ist wegen der Integration von Flüchtlingskindern dringend zu überarbeiten: Die Bildungsgangempfehlung muss beim Schulbesuch geflüchteter Schüler/-innen deutlich differenzierter und flexibler angewendet werden. Gesamtschulen (es gibt in Brandenburg nur 22 – inklusive der privaten GeS, aber fast 80 Gymnasien und 120 Oberschulen) sind mit Schüleranmeldungen extrem ausgelastet. Sie haben kaum noch Kapazitäten, Geflüchtete aufzunehmen. Die entstandenen Engpässe führen zu einer Verlagerung auf die Oberschulen. Die Gymnasien integrieren wegen ihrer Aufnahmevoraussetzungen fast keine geflüchteten Schüler/-innen. Probeunterricht müsste eventuell verändert und die Zugangsvoraussetzungen spezifiziert werden. Hier sehen wir dringenden ministeriellen Handlungsbedarf.

KAREN PÖLK

NORDRHEIN-WESTFALEN

Schulentwicklung des Landes NRW – Wie aus dem Würfelbecher

Die folgende kleine Auswahl von Schlagzeilen der Lokalpresse in NRW während der Anmeldephase für das Schuljahr 2016/17 verdeutlicht die unterschiedlichen

Bewegungen in der Schulentwicklung des Landes NRW:

Aachen: Jeder Vierte wechselt auf die Gesamtschule (AZ), Gymnasien stehen weiterhin hoch im Kurs (AN); Krefeld: Die Gymnasien sind die Verlierer (WZ); Coesfeld: Realschulen im Aufwind, Bestätigung für dreigliedriges System (AllgZ); Detmold: Detmolder Gymnasien verlieren Schüler – Realschulen legen zu (LZ); Essen: Das Gymnasium bleibt die beliebteste Schulform in unserer Stadt (radio essen), Stadt Essen plant: Viktoria-Gymnasium soll Gesamtschule werden (WAZ); Euskirchen: Ohne Hauptschule hat die Stadt Euskirchen ein Problem (KR); Hamm: Sekundarschulen bei Eltern in Hamm immer beliebter (WA); Neuss: Gesamtschulen weisen 148 Kinder ab (NGZ), Sekundarschule fällt bei Eltern durch (NGZ); Oberhausen: Eltern in Oberhausen wählen vermehrt Gymnasien (WAZ), Sekundarschule hat in Oberhausen keine Chance (WAZ); Warburg: Anmeldezahlen: Gymnasien verlieren weiter Schüler, Sekundarschule hält das hohe Anmeldeniveau (NW); Velbert: Gymnasien sind in Velbert stark gefragt (WAZ), Zweite Gesamtschule weiter nötig – 92 abgelehnte Schüler sind zu viel (lokalcompass).

Die Ergebnisse des Anmeldeverfahrens und damit auch der landesweiten Schulentwicklung sehen aus wie Ergebnisse aus dem Würfelbecher.¹

Verkürzter Blick

Die Artikel hinter den Schlagzeilen beschäftigen sich kaum mit der landesweiten Entwicklung des nordrhein-westfälischen Schulsystems, das inzwischen aus fünf allgemeinbildenden weiterführenden Schulen besteht, die Primus-Schule als Schulversuch nicht mitgezählt und die Gemeinschaftsschule entweder bei der Gesamtschule oder bei der Sekundarschule subsumiert.

Der Blick der Lokalpresse gilt nahezu ausschließlich dem örtlichen Schulsystem, das sich mittlerweile in zahlreichen verschiedenen Varianten der Zusammensetzung, in unterschiedlichen Subsystemen, darstellt. Dabei fällt die Unterscheidung des Schulkonsenses und der NRW-Landesverfassung in ein gegliedertes System einerseits

und integrierte Schulformen andererseits faktisch unter den Tisch.

Die Tatsache, dass das herkömmliche gegliederte Schulsystem in NRW mit dem zunehmenden Wegfall der Hauptschule faktisch gescheitert ist, wird ebenfalls nicht wahrgenommen.

Das jeweils vor Ort befindliche Angebot an Schulen und Schulformen wird als ein System angesehen mit dem Gymnasium als „höchster“ Schulform an der Spitze – so die Lippische Zeitung.

Kein Problembewusstsein besteht folgerichtig bezüglich der Abschlusssproblematik. Dort, wo das gegliederte System nicht mehr vollständig ist, wird zwar konstatiert, dass die Kommune ein Problem hat, Lösungen sich aber über die integrierten Schulformen, vor allem die Sekundarschulen, finden lassen.

Diese bieten z.T. aus blanker Not von sich aus ihre Dienste an, z.T. werden grundständig gut laufende Sekundarschulen durch die Schulträger in Jahrgang 7 eben um einen Zug erweitert, teilweise mit ausdrücklicher Billigung der Schulaufsicht. All das kommt einem bekannt vor aus der Entwicklungsgeschichte der Hauptschule.

Versäumnisse der Landespolitik

Das Zögern der Politik und des Schul-Ministeriums in der Abschlusssfrage hat dazu geführt, dass an zahlreichen Orten aufgrund der Unvollständigkeit des gegliederten Systems Schulen des gemeinsamen Lernens die entstandenen Lücken nolens volens füllen. Damit wird ein für das gegliederte Schulsystem konstitutiver Selektionsmechanismus den integrierten Schulformen aufgezwungen.

Aus dem Blickwinkel der Inklusion betrachtet und noch zugespitzter formuliert: Inklusion gibt es in NRW nur inklusive Abschlusss.

Der zur Sicherung von Schullaufbahnen durch das 12. SchRÄG neu aufgenommene § 132c, der an Realschulen einen Bildungsgang ermöglicht, der zu den Abschlüssen der Hauptschule führt, ist jedenfalls keine Lösung des sich flächendeckend ausbreitenden Problems, zumal sie von Seiten der Schulaufsicht nicht offensiv vertreten wird.

Fazit

Es findet keine flächendeckende Transformation des Schulsystems statt, allenfalls eine punktuelle, die aber ohne klares und landesweit gültiges Ziel. Erschreckend ist mancherorts die kurze Halbwertszeit der beschlossenen Veränderungen und Schulneugründungen.

Klar festzustellen ist die Tendenz zur Bewahrung beziehungsweise Wiederherstellung eines hierarchisch gegliederten und selektierenden Schulsystems mit „höheren“ und „niedrigeren Schulformen“, wie es eine Bezirksregierung laut Presse formuliert, allerdings jetzt unter Einbeziehung der integrierten Schulformen. Dies widerspricht dem Geist des Schulkonsenses von 2011 (Kultur des Behaltens) und dem Inhalt der geänderten Landesverfassung (s. o.).

Diese Tendenz wird nicht unwesentlich gefördert durch die hohe Anzahl verschiedener Schulformen im Bereich der Sekundarstufe I in NRW, die höchste Anzahl im Bundesvergleich.² Hierzu hat Joachim Lohmann die segregierenden Wirkungen eines zersplitterten Schulsystems analysiert und dargelegt.³ Diese Wirkungen werden in NRW durch die ungleiche Verteilung der Schülerschaft auf die verschiedenen Schulformen verschärft: Auf der einen Seite steht eine Schulform, das Gymnasium, das eine Übergangsquote von der Grundschule hat, die im Landesdurchschnitt inzwischen über 40% liegt, nahezu nirgends mehr unter 30%, vielfach über 60%. Gleichzeitig kann diese Schulform Schülerinnen und Schüler auf dem Weg der Abschlusung wieder abgeben.

Auf der anderen Seite stehen bis zu vier weitere Schulformen, die sich die jeweils verbleibende Schülerquote teilen.

All dies ist Folge einer zunehmend marktorientierten, neoliberalen Bildungspolitik, in der das Land seine Gestaltungsverantwortung durch die propagierte Ermöglichungspolitik weitgehend abgegeben hat, in der Bildung letztlich eher als Ware gehandelt und weniger als Grundrecht behandelt wird.

DIETRICH SCHOLLE

¹ Siehe hierzu auch den von Jürgen Theis gepflegten Presspiegel zur Schulentwicklung und Bildungspolitik auf der Homepage der GGG-NRW und meinen Artikel „Wer und wohin steuert die Schulentwicklung in NRW?“ in der ISA IV/2015: <http://ggg-nrw.de/webpage/>

² Siehe hierzu aktuell die Studie von Klaus-Jürgen Tillmann für die Bundeszentrale für politische Bildung: Das Sekundarschulsystem auf dem Weg in die Zweigliedrigkeit. Historische Linien und aktuelle Verwirrungen. 16.11.2015.

³ Joachim Lohmann: Unterprivilegierte Schulen sind aus sozialen wie aus Leistungsgründen aufzuheben. 2015.

Die Beiträge von Tillmann und Lohmann befinden sich auf der Homepage der GGG-NRW: <http://ggg-nrw.de/webpage/>

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Am Dienstag, den 14.05.2016, fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Landesverbandes statt. Die Gastrede hielt die Ministerin für Schule und Berufsbildung, Britta Ernst. Unmittelbar im Anschluss an die Veranstaltung hat Britta Ernst eine Pressemitteilung (siehe <http://ggg-bund.de/index.php/downloads-sh>) unter der Überschrift „Ihr Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit ist beachtlich“ herausgegeben. In ihrer Rede erläuterte Britta Ernst die bildungspolitischen Schwerpunkte ihrer Amtszeit, die u.a. zu einem Zweisäulenmodell in der Schulstruktur geführt haben. Sie schloss ihre Rede mit dem Satz: „Das Ziel, mehr Gerechtigkeit zu erreichen, werden wir weiter verfolgen – und die GGG weiß ich dabei an meiner Seite“. Dass auf diesem Weg noch eine Reihe von Hindernissen zu überwinden sind, machte die anschließende Mitgliederversammlung in einem einstimmig verabschiedeten Positionspapier (siehe <http://ggg-bund.de/index.php/downloads-sh>) deutlich.

Zurzeit geht es Schritt für Schritt voran, so z.B. durch eine jetzt von der Landesregierung vorgelegte Neufassung der Lehrerlaufbahnverordnung. Diese ist nach den Gesetzen zur Lehrkräftebesoldung und Lehrkräftebildung ein weiterer Baustein bezüglich der Umsetzung der neuen Schulstruktur.

Wir sehen es als Erfolg unserer Argumentation, dass jetzt auch an Gemeinschaftsschulen unterrichtende Grund- und Hauptschullehrkräfte, die bisher nach A12 besoldet wurden, unter akzeptablen Bedingungen nach A13 wechseln können. Damit wird eine für alle Lehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen gleiche Besoldungsstruktur geschaffen.

In einem weiteren Beschluss entschied sich die Mitgliederversammlung auf Antrag des Landesvorstandes dafür, künftig im Landesnamen den Zusatz Gemeinschaftsschulverband zu führen. Begründet wurde dies damit, dass es in Schleswig-Holstein laut Schulgesetz die Schulartbezeichnung Gesamtschule nicht mehr gibt und in der Folge immer wieder Irritationen über den Verbandsnamen und den Vertretungsanspruch der GGG entstanden sind.

Der Landesvorstand ist im Moment dabei, für den Herbst dieses Jahres drei Veranstaltungen vorzubereiten. Am 06./07.10. findet in Kooperation mit dem Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH) eine Fortbildung für Schulleiterinnen und Schulleiter an Gemeinschaftsschulen zum Thema „Elternarbeit = Eltern machen Arbeit?“ statt. Unsere in Zusammenarbeit mit dem Landeselternbeirat Gemeinschaftsschulen veranstalteten Elterntage finden ihre Fortsetzung am 12.11.2016 unter dem Schwerpunkt „Gemeinschaftsschule, Beruf, Studium“ in der Gemeinschaftsschule Heide-Ost. Bereits am 04.11.2016 wollen wir unser Gespräch mit den Schulleiterinnen und Schulleitern der Gemeinschaftsschulen fortsetzen und u.a. über folgende Themen beraten: Gemeinsame Interessenvertretung aller Gemeinschaftsschulen, Neugestaltung der Schulaufsicht für Gemeinschaftsschulen, Förderung einer gemeinsamen Identität der Gemeinschaftsschulen.

DIETER ZIELINSKI

Termine in Schleswig-Holstein

06./07. Oktober 2016: Fortbildungsveranstaltung für Schulleiterinnen und Schulleiter an Gemeinschaftsschulen

Thema: Elternarbeit = Eltern machen Arbeit?

04. November 2016 von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr: Tagung mit Schulleiterinnen und Schulleitern an Gemeinschaftsschulen
Ort: Freiherr-vom-Stein-Gemeinschaftsschule Neumünster

12. November 2016 von 9.00 Uhr bis 16.00 Uhr: Elterntag

Thema: Gemeinschaftsschule/Beruf/Studium

Ort: Gemeinschaftsschule Heide-Ost

Mitgliederversammlung am 05.11.2016 in der Reformschule Kassel, Schulstr. 2, 34131 Kassel

Die Schulgemeinde der Reformschule Kassel freut sich, dass die Mitgliederversammlung der GGG bei uns in Kassel stattfinden wird. Als Integrierte Gesamtschule mit Grundstufe hat die Reformschule einige Besonderheiten, die das pädagogische Konzept nachhaltig prägen. Die Schule ist in vier Stufen mit jahrgangsgemischter Gruppenzusammensetzung organisiert. Die Stufen I bis III mischen in den Gruppen jeweils drei Jahrgänge, die Stufe IV schließlich auf den Abschluss hin den Jahrgang 9 und 10. Neben der Evaluation dieser Jahrgangsmischung hatte die Schule als Versuchsschule des Landes Hessen und der Stadt Kassel in den letzten Jahren den Auftrag, ihre Erfahrungen mit der inklusiven Beschulung zu konsolidieren und an interessierte Schulen weiterzugeben. Als Gelingensfaktoren in diesem Feld werden der Verzicht auf Ziffernnoten bis zum Ende des Jahrgangs 8 und die Beschreibung der Lernentwicklung in ausführlichen Berichten ebenso gesehen wie die konsequente Umsetzung von Lernen in Projekten über die Jahrgänge 0–10. Fächerübergreifende Angebote sowohl im naturwissenschaftlichen als auch im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich prägen den Unterrichtsalltag. Da die Schule auch in allen anderen Fachbereichen auf eine äußere Fachleistungsdifferenzierung verzichtet, kann sie den zukünftigen Arbeitsschwerpunkt als Versuchsschule gerne annehmen. Das Ziel der Hessischen Landesregierung, vollständig binnendifferenzierte Unterrichtsorganisation an Integrierten Gesamtschulen zu ermöglichen, hat die Reformschule Kassel in ihrem pädagogischen Konzept bereits verankert. Ich lade die Mitglieder der GGG ein, sich bei uns vor Ort zu informieren und freue mich auf Ihren Besuch.

ELKE HILLIGER (SCHULLEITERIN)

Geplanter Ablauf

- 11:00 bis 12:30 Uhr Die Schule stellt sich vor (Jahrgangsübergreifende Organisation Jg. 0–10, keine Noten u. a.)
- 14:00 bis 16:00 Uhr Mitgliederversammlung

Tagesordnungsvorschlag

1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
2. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
3. Bestellung der Protokollant/-innen
4. Genehmigung/Änderung der Tagesordnung
5. Genehmigung/Änderung des Protokolls der MV 2015
6. Berichte und Entscheidungen
 - Ergebnisse der Klausur 17./18.09.2016
 - Entscheidung GEMEINSAM LERNEN
7. Haushaltssituation 2016
8. Entlastung
9. Anträge
10. Verschiedenes



GGG Verband für Schulen des
Gemeinsamen Lernens e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Hauptstraße 8, D-26427 Stedesdorf
Fon: +49-4971-94668-0
Fax: +49-4971-94668-1
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
www.ggg-bund.de

Terminvorschau

Klausur: „Individualisiertes Lernen als Chance für Inklusion“ in Beatenberg/Schweiz vom 03.02. bis 07.02.2017.